

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 28. Juli 2021

**Änderungsantrag zum TOP 4 der Vollversammlung am 28.07.2021
Eigenbetrieb Münchner Kammerspiele Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2021/2022**

Der Antrag des Referenten wird wie folgt geändert:

Die Betriebszuschüsse der Landeshauptstadt München werden für das Wirtschaftsjahr 2021/2022 und die folgenden vier Wirtschaftsjahre **inklusive der Tarifsteigerungen** wie folgt festgesetzt (auf das Haushaltsjahr bezogen):

2022	2023	2024	2025	2026
38.176.000	38.176.000	38.176.000	38.176.000	38.176.000
486.000	706.000	706.000	706.000	706.000

Änderungen wegen eventuell erforderlicher haushaltssichernder Maßnahmen bleiben vorbehalten.

6. Die Ziele der Werkleitung gemäß Ziffer 5 des Vortrags ~~sowie die Ausführungen zum Tarifausgleich gemäß Ziffer 7~~ werden zur Kenntnis genommen.

Begründung

Wir zitieren die Beschlussvorlage:

„In der Vergangenheit wurde der Eigenbetrieb stets insofern gleich dem Hoheitsbereich behandelt, als Tarifsteigerungen selbstverständlich übernommen und ausgeglichen wurden. Diese Vorgehensweise entspricht dem Beschluss des Stadtrats vom 20./26.07.2006. In Ziffer 4 heißt es: „Bei einer eventuellen zentralen Finanzierung künftiger Tarifsteigerungen wird der Eigenbetrieb Münchner Kammerspiele mit den Dienststellen des Hoheitsbereichs gleichbehandelt.“

Stadtratsfraktion

DIE LINKE. / Die PARTEI

dielinke-diepartei@muenchen.de

Telefon: 089/233-25 235

Rathaus, 80331 München

Aufgrund der hohen Personalquote von 78 % (vgl. Ziffer 3.1.2.) stellen Tarifabschlüsse für den Eigenbetrieb ein großes Kostenrisiko dar. Vom Prinzip des Ausgleichs mehrjährig Abstand zu nehmen, setzt die Wirtschaftsführung des Eigenbetriebs großen Risiken aus, da Höhe und Dauer von Tarifabschlüssen kaum vorherzusehen sind. Der Bruch des Prinzips führt zu einer dauerhaften Absenkung des Zuschussniveaus. Der Eigenbetrieb muss Tarifierhöhungen, die nicht ausgeglichen werden, über die Streichung von Personal kompensieren.

Die geplante Einsparung der Tarifsteigerung könnte ein fatales, erstes Zeichen setzen in der gebeutelten Kulturlandschaft Deutschlands. Die Kommunen müssen selbstverständlich weiterhin auch für die Personalkosten der Eigenbetriebe vollumfänglich aufkommen. Entlassungen dürfen nicht Begleiterscheinungen der Münchner Konsolidierungspolitik sein.

Initiative:

Stadträtin Marie Burneleit

Gezeichnet:

Stadtrat Stefan Jagel

Stadträtin Brigitte Wolf

Stadtrat Thomas Lechner

Dieser Antrag entspricht im Rahmen der sozialen, ökologischen und ökonomischen Nachhaltigkeit den Sustainable Development Goals (SDGs) 1 und 8.

Stadtratsfraktion

DIE LINKE. / Die PARTEI

dielinke-diepartei@muenchen.de

Telefon: 089/233-25 235

Rathaus, 80331 München